

Die Kernenergie könnte zum Spaltpilz werden

Anfang Mai kommt die CDU zum Parteitag in Berlin zusammen. Das Buch mit Anträgen umfasst derzeit über 1000 Seiten. Schon jetzt ist klar, dass es auf dem Konvent eine strittige Debatte über die Kernenergie geben wird. Wie gespalten ist die Partei?

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Nicht jeder in der CDU ist erfreut darüber, dass die Partei an der Atomkraft als Option festhält. So will etwa der Kreisverband Baden-Baden den bisher geplanten Satz dazu im neuen Grundsatzprogramm streichen. Er lautet: „Deutschland kann

„Ich bin sehr dafür, dass wir nicht dogmatisch oder ideologisch an die Frage herangehen.“

Thorsten Frei (CDU)
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Bundestag

zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.“ Die Energieversorgung sei auch ohne möglich, heißt es in einem Antrag an den CDU-Parteitag Anfang Mai in Berlin.

Andere wie die CDUler aus Wolfenbüttel fordern genau das Gegenteil, nämlich ein klareres Bekenntnis der Union zum „Wiedereinstieg in die Kernenergie“. Nur zwei Beispiele von vielen aus dem über 1000 Seiten umfassenden Buch mit 2100 Änderungsanträgen zum neuen Grund-

satzprogramm, das unserer Redaktion vorliegt. Von Freitag bis Samstag kommt die Antragskommission im Konrad-Adenauer-Haus zusammen, um zu bündeln, zu empfehlen und zu verwerfen. Es wird eine lange Nacht für die Beteiligten. Auf dem Parteitag könnte gerade die Debatte über die Kernenergie zum Spaltpilz werden.

Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU), Mitglied der Antragskommission, formuliert es so: Er gehe davon aus, „dass über die Kernkraft auf dem Parteitag durchaus diskutiert wird. Ich bin sehr dafür, dass wir nicht dogmatisch oder ideologisch an die Frage herangehen“, so Frei zu unserer Redaktion. Ein vollständiger Verzicht auf Kernkraft wäre allerdings „der falsche Weg“. Frei weiter: „Die im Grundsatzprogramm gefundene Formulierung ist sehr gut.“

Das findet eben nicht jeder. Mit dem Abschalten der letzten drei Meiler in Deutschland vor einem Jahr am 15. April hält die Kernenergie die Union erst recht weiter in Atem. Es gab den Appell an die Ampel, die Kraftwerke am Netz zu lassen für eine sicherere Versorgung und niedrigere Preise, sogar die Forderung, neue Brennstäbe zu kaufen. Selbst ein „vorurteilsfreie Prüfung“ der Rückkehr zur Atomkraft war kurzzeitig auf der Agenda der Union, bis man sich auf die auch im Grundsatzprogramm verankerte Formulierung einigen konnte. Sie ist also das Ergebnis einer langen Diskussion und letztendlich eines Kompromisses.

Der könnte auf dem Parteitag wieder aufgeschnürt werden. Aus der Führung heißt es, keinesfalls wolle die Union zurück zur Kernenergie der alten Machart. Auf dem Parteitag werde die Debatte aber wohl „wie-



Das Kernkraftwerk Isar 2 wurde - dem Beschluss der damaligen Schwarz-Gelben-Koalition vom Sommer 2011 - im vergangenen Jahr stillgelegt. In der Union wird derzeit jedoch darum gerungen, ob Deutschland diesen Ausstieg rückgängig machen sollte.

FOTO: ARMIN WEIGEL/DPA

der in alle Richtungen laufen“, so ein Insider. Besonders großen Druck macht die einflussreiche Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) von CDU und CSU. So will sie zum einen die Formulierung im Grundsatzprogramm ändern, damit stärker zum Ausdruck kommt, dass man die Forschung und Entwicklung für

Kernreaktoren der nächsten Generation beschleunigen will. Außerdem hat die MIT noch einen „Sachantrag“ eingebracht.

In dem heißt es, es brauche eine „Perspektive auch der Planung und des Neubaus von Reaktoren der vierten Generation, die keine Endlagerung benötigen“. Deutschland

müsse sich zudem dem Bündnis der 22 Staaten anschließen, die sich auf der Weltklimakonferenz im vergangenen Jahr zu einer Erhöhung der Kernkraftnutzung verpflichtet hätten. „Wer Atomstrom aus dem Ausland importiert, muss das Potenzial im eigenen Land nutzen“, so MIT-Chefin Gitta Connemann zu unse-

rer Redaktion. Stattdessen befände sich Deutschland „auf energie- und klimapolitischer Geisterfahrt“, isoliere sich nicht nur in Europa. „Die führenden Industrieländer der Welt sprechen der Kernenergie eine Schlüsselrolle zu“, betont Conne-

Jeder Fünfte von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht

Auf dem Papier ist die Zahl der Betroffenen nicht gestiegen. Aber Forscher sind sicher: Die Statistiken bilden die Lebensrealität armer Familien nicht ab.

VON SANDRA TRAUER

WIESBADEN (dpa) Die Zahl der Menschen, die in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, bleibt hoch. Wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch anhand von ersten Ergebnissen einer Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) mitteilte, waren 2023 gut 17,7 Millionen Menschen davon betroffen. Das waren 21,2 Prozent der Bevölkerung. Gegenüber dem Vorjahr blieben die Werte nahezu unverändert.

Dass die Zahlen stagnieren und sich immerhin nicht verschlechtern haben, wertet der Kölner Armutsforscher Christoph Butterwegge nicht als Erfolg: „Das sollte die Politik nicht beruhigen.“ In Wahrheit seien mehr Menschen arm als solche Statistiken zeigen. „Armut breitet sich in die Mittelschicht aus.“ Auch Volkswirtin Irene Becker, die sich

Armutsquoten in Deutschland

Anteil der Personen, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung auskommen mussten
Stand 2022, Angaben in Prozent

Bremen	29,1
Nordrhein-Westf.	19,7
Hamburg	19,5
Sachsen-Anhalt	19,2
Saarland	19,0
Mecklenb.-Vorp.	18,8
Thüringen	18,4
Niedersachsen	17,9
Hessen	17,8
Rheinland-Pfalz	17,6
Berlin	17,4
Schleswig-Holst.	16,9
Deutschland	16,8
Sachsen	16,7
Brandenburg	14,2
Baden-Württemb.	13,5
Bayern	12,6

SZ-GRAFIK/Anja Müller, DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND

mit empirischer Verteilungsforschung beschäftigt, ist sicher, dass die Statistik das Ausmaß an Armut in der Bevölkerung nicht ausreichend abbildet.

Eine Person gilt in der Europäischen Union dann als von Armut oder Ausgrenzung bedroht, wenn mindestens eine der folgenden drei Bedingungen zutrifft: Ihr Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze, ihr Haushalt ist von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen oder sie lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung. Für jede dieser Lebenssituationen kann jeweils der Prozentsatz der Betroffenen ermittelt werden.

Armutgefährdet war 2023 etwa jede siebte Person - 14,3 Prozent der Bevölkerung oder knapp zwölf Millionen Menschen. Im Jahr 2022 hatte die Armutsgefährdungsquote 14,8 Prozent betragen. Als armuts-

gefährdet gilt, wer über weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügt. 2023 waren das für Alleinlebende netto 1310 Euro im Monat, für zwei Erwachsene mit zwei kleinen Kindern waren es 2751 Euro im Monat.

Von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung waren 6,9 Prozent der Bevölkerung oder 5,7 Millionen Menschen betroffen. Im Jahr 2022 waren es 6,2 Prozent gewesen. Die Betroffenen waren zum Beispiel nicht in der Lage, ihre Miete zu zahlen, eine einwöchige Urlaubsreise zu finanzieren oder einmal im Monat etwas essen oder trinken zu gehen.

In einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung lebten 9,8 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren beziehungsweise 6,2 Millionen Menschen. 2022 waren es ebenfalls 9,8 Prozent gewesen. Dies war etwa der Fall, wenn in einem Haushalt mit zwei Personen eine

Person überhaupt nicht arbeitete und die andere insgesamt nur vier Monate lang Arbeit hatte.

Armutsforscher Butterwegge kann diesen kleinteiligen Zahlen wenig abgewinnen. Besonders aussagekräftig ist für ihn die Einkommensarmut. Dass die Zahl der Betroffenen nicht gestiegen ist, führt in die Irre, sagt er. „Durch die gestiegenen Preise sind mehr Menschen unter Druck geraten, auch wenn sie nach dieser Definition nicht armutsgefährdet sind.“

Diesen Kritikpunkt macht auch die Volkswirtin Irene Becker deutlich, die sich mit empirischer Verteilungsforschung beschäftigt. Die Preise seien stärker gestiegen als die Armutsschwelle, die Aussagekraft der Zahlen sieht sie daher kritisch. „Wie stark sich die Menschen einschränken mussten, wird in dieser Statistik nicht deutlich. Den Menschen ging es faktisch schlechter.“

Wenn Familien jeden Cent nicht nur zweimal, sondern dreimal umdrehen müssen, leiden darunter besonders die Kinder, so Butterwegge. Dass die Politik seit Jahrzehnten nichts Grundlegendes gegen Kinderarmut tue, hält er für einen „Langzeitkandale“. Die Kindergrundsicherung wäre aus seiner Sicht der richtige Weg. Das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung steht derzeit erneut auf der Kippe.

In höheren Einkommensschichten hätten die Menschen einen Puffer, sagt Verteilungsforscherin Becker, im unteren Einkommensbereich gebe es keine Rücklagen. „Die Menschen müssen sich verschulden oder sie sparen am Nötigsten.“ Ausgleichsmaßnahmen der Politik werden aus ihrer Sicht zu sehr mit der Gießkanne verteilt. Sinnvoller wäre es, findet Becker, wenn finanzielle Unterstützung gezielter dort ankommen, wo die Not am größten ist.

EU-Gericht kippt Sanktionen gegen zwei russische Oligarchen

LUXEMBURG (dpa) Das Gericht der EU hat Sanktionsbeschlüsse der Europäischen Union gegen die russischen Oligarchen Michail Fridman und Pjotr Awen gekippt. Der Rat der EU habe bei den Entscheidungen zwischen Februar 2022 und März 2023 keine hinreichenden Belege für die Aufnahme in die Sanktionsliste geliefert, entschieden die Richter am Mittwoch in Luxemburg. Die Sanktionsbeschlüsse waren als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gefasst worden.

Die Entscheidung bedeutet allerdings nicht, dass Fridman und Awen sofort von der EU-Sanktionsliste gestrichen werden müssen. Zum einen kann gegen das Urteil noch vor dem höchsten europäi-

schen Gericht, dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), vorgegangen werden. Zum anderen hat der Rat der EU bereits neue Sanktionsbeschlüsse gegen die beiden Männer erlassen, die zunächst nicht von dem Urteil betroffen sind.

Fridman und Awen sind Gründer und wichtige Anteilseigner des großen Finanzkonzerns Alfa-Group. Die EU hatte gegen die Milliardenäre kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 Strafmaßnahmen verhängt. Sie fror Gelder ein und erließ ein Einreiseverbot. Auch die US-Regierung sanktionierte sie. Im vergangenen Jahr hatten sich mehrere russische Oppositionelle allerdings dafür ausgesprochen, Fridman und andere von der Sanktionsliste zu streichen.

Die EU hatte die Sanktionen damit begründet, dass Fridman und Awen russische Entscheidungsträger finanziell unterstützt und damit die territoriale Unversehrtheit der Ukraine untergraben hätten. Die Richter entschieden nun aber, dass diese Vorwürfe nicht hinreichend belegt seien und die Aufnahme in die Liste daher ungerechtfertigt sei. Auch wenn sich möglicherweise eine gewisse Nähe der beiden Personen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin bejahen lasse, beweise dies nicht, dass damit Maßnahmen unterstützt würden, die die Ukraine bedrohten.

Vor knapp drei Wochen hatte das EU-Gericht bereits die Sanktionen gegen den Ex-Formel-1-Rennfahrer Nikita Masepin gekippt.

Drei Söhne von Hamas-Chef Hanija bei Angriff getötet

TELAVIV/GAZA (dpa) Die israelische Armee hat am Mittwoch die gezielte Tötung von drei Söhnen des Hamas-Auslandschefs Ismail Hanija bestätigt. Es seien drei Mitglieder des militärischen Hamas-Arms bei Terroraktivitäten im Gazastreifen durch den Angriff eines Kampfflotts „ausgeschaltet“ worden, teilte das Militär mit. Die Armee bestätigte, dass es sich dabei um die Söhne Hanijas handelte.

Nach Hamas-Angaben wurden auch drei Enkelkinder Hanijas getötet, für deren Tod hingegen gab es keine israelische Bestätigung. Ein israelischer Armeesprecher sagte, man prüfe den Bericht. Hanija ist seit 2017 Vorsitzender des Politbüros der Hamas. Nach Medienberichten ist er steinreich und führt seit Jahren ein Luxusleben in Katar.

Prognose: Opposition gewinnt Wahl in Südkorea klar

SEOUL (ap) Bei der Parlamentswahl in Südkorea hat sich ein klarer Sieg des liberalen Oppositionslagers abgezeichnet. Nach ersten gemeinsamen Prognosen der drei Fernsehsender KBS, MBC und SBS dürften die oppositionelle Demokratische Partei und ihre Schwesterpartei auf 178 bis 197 der 300 Sitze im Abgeordnetenhaus kommen. Einer weiteren liberalen Partei wurden 12 bis 14 Mandate vorhergesagt. Die konservative People Power Party (PPP) von Präsident Yoon Suk Yeol und ihre Schwesterpartei würden nur 85 bis 100 Sitze erreichen.

Sollten sich diese Zahlen bestätigen, wäre die Wahl ein Desaster für Yoon, der 2022 Präsident wurde und noch weitere drei Jahre im Amt bleibt. Bereits bisher hatten die im Abgeordnetenhaus dominierenden

Liberalen die Umsetzung seiner größeren politischen Vorhaben blockiert. Bis 2027 dürfte sich dieser Grabenkampf zwischen den beiden Blöcken nun fortsetzen und möglicherweise noch intensivieren.

Außenpolitisch versuchte Yoon, verstärkt mit den USA und Japan zusammenzuarbeiten sowie eine harte Linie in Sachen nordkoreanisches Atomwaffenprogramm zu fahren. In Südkorea kann der Präsident nicht wiedergewählt werden.

Die toxische Spaltung zwischen Konservativen und Liberalen in Südkorea hatte sich während des Präsidentschaftswahlkampfes 2022 vertieft.

Produktion dieser Seite:

Lucas Hochstein
Isabell Schirra